

Ein Schock und seine Folgen

Weltweit hat die Corona-Pandemie zu dramatischen Wirtschaftseinbrüchen geführt. Was werden die längerfristigen Folgen der Krise sein? Eine erste Bilanz nach sechs Monaten.

Von **Clemens Fuest**

74,3 Punkte

Der ifo Geschäftsklimaindex stürzt auf den niedrigsten jemals gemessenen Wert

ifo Geschäftsklimaindex Deutschland,
April 2020

Die Corona-Pandemie hat den tiefsten wirtschaftlichen Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg verursacht. In der letzten schweren Wirtschaftskrise, der weltweiten Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009, fiel die Wirtschaftsleistung zwischen Sommer 2008 und dem Tiefpunkt im zweiten Quartal 2009 um rund acht Prozent. In der Corona-Krise war der Einbruch plötzlicher und tiefer: Im zweiten Quartal 2020 lag die Wirtschaftsleistung in Deutschland um zwölf Prozent unter dem Niveau des letzten Quartals des Jahres 2019. Die aktuellen Frühindikatoren deuten darauf hin, dass sich die Wirtschaft im dritten Quartal 2020 wieder erholen wird, sodass die Hoffnung besteht, dass die Corona-Krise kürzer ausfällt.

Der Blick auf andere Länder

In anderen Ländern ist der Einbruch allerdings noch deutlich dramatischer als in Deutschland. In Spanien beispielsweise lag das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal um 23 Prozent unter dem Niveau vom Ende des Jahres 2019, in Großbritannien war der Einbruch ähnlich hoch, in Italien waren es immerhin 18 Prozent. Das liegt weit jenseits der Verluste in der Finanzkrise: Selbst in Großbritannien, das damals wegen der Bedeutung seines Finanzsektors besonders stark betroffen war, betrug der Rückgang der Wirtschaftsleistung nur rund acht Prozent, in Italien neun Prozent und in Spanien sechs Prozent. Auch in diesen Ländern ist zu erwarten, dass die Wirtschaft im dritten Quartal 2020 wieder wächst, aber es wird voraussichtlich lange dauern, bis das Vorkrisenniveau wieder erreicht ist. Hinzu kommt, dass angesichts derzeit stark steigender Infektionszahlen vor allem in Spanien Rückschläge nicht ausgeschlossen sind. Auch andere wichtige Volkswirtschaften sind von der Corona-Pandemie deutlich stärker betroffen als von der Finanzkrise. Das gilt für China, das in der Finanzkrise kaum Wachstumseinbußen zu verzeichnen hatte, aber auch für die USA.

Besonderheiten der Corona-Krise

Warum sind die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie so gravierend? Es gehört zu Wirtschaftskrisen, dass die Produktion sinkt, Arbeitsplätze verlorengehen und Firmen von Insolvenzen bedroht sind. Eine Besonderheit der Corona-Krise liegt aber darin, dass ganze Sektoren der Wirtschaft ihre Tätigkeit teilweise oder vollständig einstellen und Grenzen für den Güter- und Reiseverkehr geschlossen werden. Dazu kommt es in „normalen“ Wirtschaftskrisen nicht. Die Folgen solcher Produktionseinstellungen für das Wirtschaftswachstum sind massiv: Schon die Schließung von 25 Prozent der Produktion für vier Wochen verursacht eine Schrumpfung der jährlichen Wirtschaftsleistung um etwa zwei Prozent. Das erklärt die außerordentlich hohen wirtschaftlichen Verluste, die mit der aktuellen Krise einhergehen.

Diese Schließung bedeutet auch, dass staatliche Konjunkturprogramme nicht wirken wie sonst. Konjunkturpolitik versucht üblicherweise, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage anzuregen. Aber gerade in einer Pandemie ist es nicht erwünscht, dass die Menschen in die Geschäfte strömen. Solange Ansteckungsgefahr besteht, kann Geld vom Staat Menschen

helfen, die Zeit des Lockdowns zu überbrücken, aber die Produktion anzuregen ist kaum möglich. Eine Belebung der Wirtschaft ist erst dann machbar, wenn die Ansteckungsgefahr so weit gebannt ist, dass das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben wiederaufgenommen werden kann.

Wirtschaft versus Gesundheit?

In der Debatte über den Umgang mit der Krise wird immer wieder behauptet, zwischen wirtschaftlichen und gesundheitlichen Anliegen bestehe ein unauflöslicher Konflikt. Lockdown-Maßnahmen, also die Schließung bestimmter Unternehmen und Einschränkungen des öffentlichen Lebens, würden die Gesundheit der Bevölkerung schützen, aber dafür großen wirtschaftlichen Schaden anrichten. Diese schlichte Gegenüberstellung wird der Komplexität der Krise nicht gerecht. Zum einen ist eine Erholung der Wirtschaft nicht dadurch zu erreichen, dass Lockdown-Maßnahmen ohne Rücksicht auf Gesundheitsrisiken aufgehoben werden. Wenn Menschen befürchten, sich mit dem Corona-Virus anzustecken, werden viele von ihnen Restaurants, Kinos und Urlaubsreisen ebenso meiden wie den Einkaufsbummel, und sie werden auch nicht bereit sein zu arbeiten, wenn die Gesundheitsrisiken zu hoch sind. Studien über die letzte weltweite Epidemie, die sogenannte Spanische Grippe, dokumentieren, dass dort, wo die Verbreitung der Krankheit durch entschlossene Lockdown-Maßnahmen eingedämmt wurde, auch die wirtschaftlichen Verluste geringer waren als in Regionen, in denen derartige Eingriffe ausblieben und sich die Grippe ungehindert ausbreitete. Erste Studien, die das Konsumverhalten in US-Bundesstaaten vergleichen, zeigen, dass der Einfluss staatlicher Lockdown-Maßnahmen auf das Konsumentenverhalten erstaunlich gering ist. Die Aufhebung von Lockdown-Maßnahmen ohne Eindämmung der Epidemie kann die Erholung der Wirtschaft nicht sichern.

Dramatischer Anstieg der Staatsverschuldung

Zwischenzeitlich war die Corona-Epidemie in Deutschland und den meisten Ländern weltweit so weit eingedämmt, dass die geschlossenen Sektoren zumindest teilweise wieder geöffnet wurden, auch wenn zu befürchten ist, dass die aktuelle zweite Infektionswelle zu Rückschlägen im Öffnungsprozess führt. In vielen Ländern begleitet die Politik diesen Prozess mit massiven Konjunkturprogrammen, um die wirtschaftliche Erholung zu fördern. Das führt zu einem dramatischen Anstieg der Staatsverschuldung. Die steigende Verschuldung wird zu einem erheblichen Teil dadurch finanziert, dass die Notenbanken Anleihen staatlicher und privater Emittenten aufkaufen. Die steigenden Staatsschulden und das Anwerfen der

Druckerpresse durch die Notenbanken lösen bei vielen Menschen die Sorge aus, dass Staaten in eine Überschuldungskrise geraten oder Inflation drohen könnte. Kurzfristig können die Staaten auch deshalb ihre Schulden relativ problemlos ausdehnen, weil viele Anleger Risiken scheuen und Staatsanleihen für die sicherste Anlage halten. Außerdem steigt die Sparquote, weil viele Menschen sich Sorgen um ihre wirtschaftliche Zukunft machen.

Hohe Staatsschulden müssen auch künftig nicht zum Problem werden, solange die Zinsen niedrig bleiben. Niedrige Zinsen setzen voraus, dass das Vertrauen der Anleger in die Solidität der Staatsfinanzen erhalten bleibt. Um dieses Vertrauen zu erhalten, sollte die Finanzpolitik sich darauf festlegen, die Budgetdefizite nach Überwindung der Krise schrittweise wieder zu senken, allerdings ohne die Erholung zu gefährden. In Deutschland hilft die Schuldenbremse – also die Verpflichtung zu annähernd ausgeglichenen öffentlichen Haushalten in normalen Zeiten –, dieser Festlegung Glaubwürdigkeit zu verschaffen. Die Staatsverschuldung wird in Deutschland voraussichtlich auf Werte nahe 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. Es ist durchaus möglich, diese Quote durch maßvolle Finanzdisziplin und Rückkehr zu Wirtschaftswachstum bis zur nächsten Krise so weit zu senken, dass erneut hinreichende Spielräume zur Stabilisierung bestehen. Andere Länder in der Eurozone, vor allem Griechenland und Italien, müssen hingegen mit Verschuldungsquoten zwischen 150 und 200 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung rechnen. Für sie wird es erheblich schwieriger, zu soliden Staatsfinanzen zurückzukehren. In der Eurozone sind deshalb wachsende Spannungen zu erwarten – das Risiko ist groß, dass einzelne Mitgliedstaaten ähnlich wie in den Jahren nach der Finanzkrise in Überschuldungsprobleme geraten.

Längerfristige Folgen der Krise

Welche längerfristigen Folgen wird die Corona-Krise für die Wirtschaft haben? Zum einen hat die Pandemie dazu geführt, dass sich die Digitalisierung der Wirtschaft beschleunigt. Arbeiten aus dem Homeoffice, Online-Shopping, Online-Banking, die Verlagerung von Veranstaltungen auf virtuelle Formate, all das führt zu einem beschleunigten Wachstum der Digitalwirtschaft. Während der Krise stiegen viele Menschen, die vorher weder ihre Einkäufe noch ihre Bankgeschäfte über das Internet getätigt haben, auf Online-Formate um. Zahlreiche Unternehmen haben das mobile Arbeiten ausgedehnt. Nach der Krise wird davon viel erhalten bleiben – die Nachfrage nach digitalen Dienstleistungen wird noch schneller wachsen als vorher.

Die Digitalisierung verschiebt nicht nur die Gewichte zu Gunsten der Digitalwirtschaft – und damit in großem Umfang auch zu Gunsten der großen US-Internetfirmen wie Amazon oder Google. Auch für die Beschäftigten wächst die Bedeutung digitaler

Die Corona-Pandemie hat den tiefsten wirtschaftlichen Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg verursacht.

156 Milliarden Euro

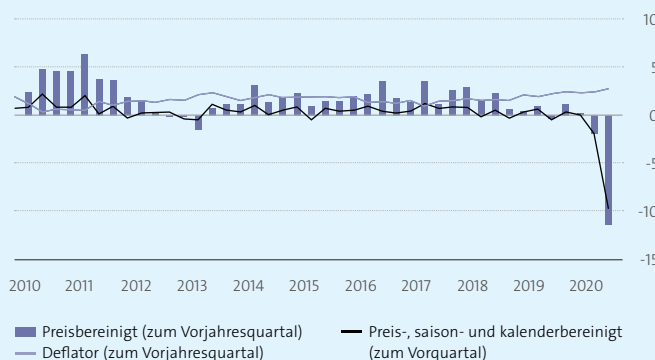
beträgt die Nettokreditaufnahme zur Finanzierung des Nachtragshaushaltes der Bundesregierung, um den Auswirkungen der Corona-Pandemie entgegenzuwirken

Deutscher Bundestag, Bewilligung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2020, 25. März 2020

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung in %

Statistisches Bundesamt (Destatis), 2019/2020



35,4 %

der in Kurzarbeit Beschäftigten halten es für wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich, dass sie künftig arbeitslos werden

Mannheimer Corona-Studie,
1. Maiwoche 2020

Kompetenzen. An den Arbeitsmärkten wird das den schon vor der Krise vorhandenen Trend zu immer größeren Unterschieden zwischen gut und weniger gut qualifizierten Erwerbstätigen verstärken. Das wäre unproblematisch, wenn alle Menschen Zugang zu entsprechender Bildung und Ausbildung hätten. Genau das wird durch die Corona-Krise jedoch eingeschränkt: Die Schließung von Schulen und die Verlagerung des Unterrichts nach Hause oder auf Online-Formate verschlechtert vor allem die Ausbildung von Kindern aus bildungsfernen Milieus. Deshalb besteht die Gefahr, dass Divergenzen in den Einkommens- und Berufschancen wachsen. Die zwischenzeitliche Schließung der Schulen und Kindergärten hat außerdem dazu geführt, dass junge Familien und dabei vor allem Frauen belastet und in ihrer Berufstätigkeit behindert wurden.

Die Globalisierung der Wirtschaft zurückdrehen?

Eine weitere prägende Erfahrung in der Corona-Krise bestand darin, dass der internationale Handel vorübergehend unterbrochen war. Da viele Unternehmen Zwischenprodukte aus dem Ausland beziehen und hocheffiziente, aber störungsanfällige Wertschöpfungsketten mit Just-in-Time-Lieferungen betreiben, führte die Unterbrechung des Handels zur Stilllegung selbst von Fabriken, in denen kaum Ansteckungsgefahr besteht und die Produktion nicht hätte geschlossen werden müssen. Außerdem fehlten vielen Ländern wichtige medizinische Güter – beispielsweise Schutzmasken –, wenn sie nicht im Inland produziert wurden. Häufig wird deshalb nun gefordert, die Globalisierung der Wirtschaft zurückzudrehen und stärker auf heimische Produktion zu setzen, um künftig weniger störungsanfällig zu sein. Das wäre jedoch ein schwerer Fehler. Diese Forderungen übersehen, dass es auch bei heimischer Produktion zu Störungen kommen kann. Um das Risiko von Produktionsausfällen zu reduzieren, ist internationale Diversifizierung der bessere Weg – also die Abhängigkeiten von einzelnen Lieferanten zu vermeiden, egal ob sie in China, den USA oder im eigenen Land beheimatet sind. Wenn Fehlschlüsse über den Zusammenhang zwischen der Robustheit der Wirtschaft und der Globalisierung den ohnehin drohenden Trend zu mehr Protektionismus verstärken, könnte das die wirtschaftliche Erholung erheblich belasten.

Prof. Dr. Clemens Fuest

lehrt Volkswirtschaftslehre an der LMU München und ist Präsident des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. Seine Forschungsschwerpunkte sind Wirtschafts- und Finanzpolitik, internationale Besteuerung, Steuerpolitik und Unternehmensfinanzierung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie Kommunalfinanzen. Seit 2017 ist er Mitglied der BAdW.